

**Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm 2017 „Für die Republik
Europa“**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen reicht den vorliegenden Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm an den Bundesparteitag ein.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmung:
Bei einer Enthaltung übernommen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Unterstützer*innen: Klaus Lederer , Bürgermeister und Senator für Kultur, Europa von Berlin
Enrico Stange, Obmann im Europaausschuss des Sächsischen Landtages
Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin DIE LINKE. Sachsen
Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Sachsen
Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der LINKEN

ERKLÄRUNG:

Der Antrag wird in zwei Varianten gestellt. Variante 2 (Favorit) ist Einfügung des Textes vor aktuellem Text des Europakapitels. Variante 1 ist, die Einfügung des Kapitels als zusätzliches Visions-Kapitel.

Änderungsantrag zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms

Einreicher*innen:

DIE LINKE. Sachsen

Unterstützer*innen: Tilman Loos (Delegierter LV Sachsen), Antje Feiks
(Landesgeschäftsführerin DIE LINKE. Sachsen), Frank Puskarev, weitere sind angefragt

Antrag 1 (Einfügung Kapitel)

1. Füge folgendes Kapitel vor dem bestehenden Kapitel „XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne“ ein. Die Nummerierung der nachfolgenden Kapitel ändert sich entsprechend.
2. Die Überschrift des nachfolgendes Kapitels „Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne“ wird geändert in „ Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne – Veränderungen in der EU“

Antrag 2 (Ersetzung Einleitung)

1. Nach der Überschrift des Kapitels „ „XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne“ wird nachfolgender Text eingefügt.
2. Die Überschrift des bestehenden Kapitels „XV. Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne“ wird geändert in „XV. Für die »Republik Europa«“

XV. Für die »Republik Europa«

Die Zukunft der Europäischen Union beschäftigt uns und viele andere Menschen. Dabei sind wir hin- und hergerissen zwischen scharfer Kritik an der bestehenden Union einerseits, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig lässt, und der Angst, dass die Stagnations- und Zerfallstendenzen der EU andererseits Ausdruck eines reinen Rückzugs auf den vermeintlich besseren Nationalstaat ist.

Dabei ist es jedoch nicht "Europa" in Form der EU, die über vermeintlich hilf- und schuldlose

Nationalstaaten gekommen ist. Denn nicht nur was in der EU passiert, sondern auch wie die EU konstruiert ist, ist direktes Ergebnis des Handelns derjenigen Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen haben. Wie in den Nationalstaaten dominiert auch in der EU eine neoliberale Politik der Konkurrenz und Austerität. Die Dominanz der großen EU Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, die diesen Kurs forciert haben, würde durch ein Zerbrechen der EU jedoch nicht verschwinden. Konkurrenz, Wettbewerbs- und Standortpolitik, Lohn- und Sozialdumping würden unter gegebenen politischen Mehrheitsverhältnissen und ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderung weiterbestehen. Das Problem heißt Kapitalismus.

Die Krise der EU ist keine rein ökonomische. Sie ist auch eine politische Krise und leitet sich daraus ab, dass die EU eben nicht mehr ist als ein Verbund von Nationalstaaten. Es gibt sie noch nicht, die europäischen Bürger*innen, die echten europäischen Parteien geschweige denn ein mit allen üblichen Rechten ausgestattetes europäisches Parlament. Antieuropäisch sind nicht wir, die wir uns genau dies wünschen. Antieuropäisch ist, wem dieses Europa schon genug Europa ist.

Dem Rechtspopulismus in Europa und dessen destruktiven und anti-europäischen Nationalismus setzen wir unsere linke Kritik an der bestehenden Europäischen Union entgegen. Eine Kritik, die weniger Union, aber mehr Europa will. Eine Kritik, die die Regionen und Europa stärken will. Eine Kritik, die nicht destruktiv, sondern visionär ist, weil sie das alte Haus Europa nicht weghaben, sondern ersetzen möchte: Durch die Republik Europa.

Unsere europäische Republik setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Mit der Vereinheitlichung des europäischen Steuerrechts, der sozialen Sicherung, der Rente, des Mindestlohniveaus und der Arbeitslosenversicherung stellen wir sicher, dass das Projekt Europa ein Miteinander statt ein Gegeneinander ist.

Die europäische Republik ist weder ein nationales noch ein geographisches, sondern ein politisches Projekt, welches die Unterschiedlichkeit der Regionen berücksichtigt. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Sie lädt die Menschen anderer Länder ein, sich ihr anzuschließen. Sie kennt keine Abgrenzung, keine Mauern und keinen Stacheldraht. Das republikanische Selbstverständnis orientiert sich am Republikanismus der französischen Revolution: Teil der europäischen Republik kann werden, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt. Es gibt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung.

Wahlrechtsgleichheit, direkte Beteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.